

## USA bereiten Task Force gegen Lieferengpässe vor

**Lieferengpässe bei Ausbruch der Coronakrise haben in den USA ein tiefes gesellschaftliches Trauma verursacht. Die Antwort wird in Koordinierung und Protektionismus gesucht.**

09.09.2020

Von Ullrich Umann | Washington, D.C.

- ▶ Nachfrage hat sich stark verschoben
- ▶ Regierung prüft Gesetzentwurf für Task Force
- ▶ National Manufacturing Guard zur Krisenbewältigung
- ▶ Deutsche Unternehmen mit Protektionismus konfrontiert

Mit dem Ausbruch von Covid-19 brachen Wertschöpfungsketten in der US-Industrie in nur kürzester Zeit auseinander. Vielerorts verloren sich Akteure aus den Augen, weil Unternehmen auf behördliche Anordnung hin schließen mussten und gleichzeitig Reisebeschränkungen verhängt wurden. In anderen Fällen ordneten ausländische Regierungen Exportverbote für besonders gefragte Waren an, die dann nicht mehr in die USA geliefert werden konnten.

Ein zentraler Grund für die Lieferengpässe ist, dass viele Unternehmen Waren nur noch nach dem laufenden Auftragseingang fertigen und nicht auf Vorrat ("lean production"). Entsprechend gering waren die Lagerbestände vieler Firmen und die Reserven schnell aufgebraucht.

### Nachfrage hat sich stark verschoben

Parallel dazu verschob sich die Nachfrage innerhalb kürzester Zeit weg von Dienstleistungen und Waren des persönlichen Bedarfs - aus dem sich immerhin mehr als 60 Prozent des US-Bruttoinlandsprodukts generieren - hin zu Schutzausrüstungen, Medikamenten und Medizintechnik, die in nur ungenügenden Mengen verfügbar waren. Mit der landesweiten Umstellung auf soziale Distanz im Arbeits- und Geschäftsleben erzielten gleichfalls IKT-Leistungen und EDV-Technik einen Absatzaufschwung.

Der Markt wurde durch das Herunterfahren des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens und durch die damit einhergehende Nachfrageverschiebung kräftig durcheinandergewirbelt. Wie das renommierte Institute of Supply Management feststellte, waren bis zu 75 Prozent aller US-Firmen im März und April 2020 von Lieferengpässen betroffen.

### Regierung prüft Gesetzentwurf für Task Force

Die Geschäftsführer der 14 [Manufacturing USA Institutes](#) unterbreiteten unterdessen Vorschläge, wie die industrielle Basis der USA gestärkt und in essenziell wichtigen Produktgruppen unabhängiger von Importen werden können. Die Institute, die jeweils auf bestimmte Technologien und Branchen spezialisiert sind, finanzieren sich aus Zuschüssen der Bundesministerien für Handel (DOC), Energie (DOE) und Verteidigung (DOD), aber auch aus dem Dienstleistungsverkauf sowie aus Beitragszahlungen ihrer mehr als 1.900 Mitgliedsorganisationen und -unternehmen.

Der US-Kongress und der Senat griffen die Vorschläge der Manufacturing USA Institutes auf. Im Juli 2020 wurde der gemeinsame Gesetzentwurf "[The Resilient Manufacturing Task Force Act](#)" (RMTF Act) eingebracht. Sollte dieser Entwurf in seiner aktuellen Form das Gesetzgebungsverfahren erfolgreich durchlaufen, würde eine Resilient Supply Chain Task Force unter Aufsicht der Bundesministerien DOC, DOE und DOD gebildet, die Schwachstellen in Lieferketten aufzufindig machen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten soll. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang die hohe Importabhängigkeit von China bei Pharma und Medizintechnik erwähnt, die sukzessive abgebaut werden soll.

## USA BEREITEN TASK FORCE GEGEN LIEFERENGPÄSSE VOR

In einem zweiten Schritt soll die Task Force eine Freiwilligenorganisation unter Beteiligung der Privatwirtschaft mit der Bezeichnung National Manufacturing Guard ins Leben rufen. Wirtschaftsexperten und Unternehmensvertreter würden mit der National Manufacturing Guard eine Plattform erhalten, über die sie Szenarien zur Vermeidung von Lieferengpässen diskutieren und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Liefersicherheit vereinbaren können.

### National Manufacturing Guard zur Krisenbewältigung

Sollten Lieferketten erneut im Maßstab des gesamten Landes reißen, kann die National Manufacturing Guard helfen, schneller und flexibler modifizierte Zuliefer- und Abnehmerverbindungen herzustellen, als es bei Ausbruch der Coronakrise im Frühjahr 2020 der Fall war. Damals fehlte es an einer zentralen Instanz.

Zur Unterstützung soll ein Open-Source-Rechenzentrum unter anderem zur Einrichtung einer Lieferanten- und Produktdatenbank entstehen, zu der jedes interessierte Unternehmen im Bedarfsfall Zugang erhält. Mit Hilfe des Rechenzentrums sollen aber auch verschiedene Szenarien modelliert und Hypothesen zur Krisenbewältigung überprüft werden.

Der Gesetzesentwurf wird von Abgeordneten beider Häuser und beider Parteien unterstützt. Doch wird je nach politischer Couleur und Ausrichtung entweder explizit herausgestellt, dass diese Initiative die industrielle Basis der USA stärkt, da sie unter anderem zur Rückverlagerung von Produktionskapazitäten aus China auffordert, oder dass ein zentrales Koordinierungsinstrument zur schnellen Bewältigung von krisenbedingten Lieferengpässen gebildet wird.

### Deutsche Unternehmen mit Protektionismus konfrontiert

Deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die sich für öffentliche Projekt- und Fördergelder in den USA bewerben, sehen sich mit einem unterschwellig steigenden Protektionismus konfrontiert. So knüpfen US-Bundesministerien ihre Projektzuschüsse teilweise an die Bedingung, dass die Technologieentwicklung am Ende zur Importsubstitution beiträgt.

Für die Projektarbeit des Verteidigungsministeriums herrschen besonders strenge Sicherheitsanforderungen an Firmen und Forschungseinrichtungen, die sich für Fördergelder bewerben beziehungsweise als Zulieferer berücksichtigt werden wollen.

### Mehr zu:

USA  
Lieferketten  
Wirtschaftsumfeld

## Kontakt

Robert Matschoß

Wirtschaftsexperte

 +49 228 24 993 244

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.